

Newsletter Bremer Friedensforum 08/3. Juli 2021

(Weiterleitung sehr erwünscht!)

Inhalt heute:

01. Solidarischer Glückwunsch aus Bremen zum 50. Geburtstag von Julian Assange
02. Barbara Heller bei XVI. Deutsch-Russischer Städtepartnerkonferenz in Kaluga
03. Gedenken am Gräberfeld sowjetischer Nazi-Opfer in Bremen-Oslebshausen
04. Kundgebung unter dem Motto: „Gemeinsam für Frieden“
05. Drei Videos von Sönke Hundt zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion
06. Lasst uns Frieden stiften!
07. Europa braucht Frieden und Abrüstung (Anhang)
08. Wolfgang Bittner liest am 15. Juli in Bremen
09. Ramstein-Protesttage vom 4. bis 11. Juli
10. Datenbank und Visualisierungstool fremder Militärbasen jetzt abrufbar
11. Aufruf zur Bundestagswahl (Anhang)
12. Bundeswehr darf bei Atomkriegsmanöver nicht mitwirken
13. Entscheidung für Multimilliarden-Rüstungsprojekt FCAS verantwortungslos und brandgefährlich
14. Noch bis 16. Juli möglich: BITTE PETITIONEN ZEICHNEN! BITTE TEILEN! BITTE UNTERSTÜTZEN!
15. Auswärtiges Amt reagiert: Für ein neues Gipfeltreffen 2025 im Geiste der KSZE
16. Spendenaufruf Saatgut für Syrien
17. Bremer Friedensforum begrüßt Erklärung des Friedensbeauftragten der Bremischen Evangelischen Kirche
18. SIG Sauer muss wegen illegaler Waffenexporte historische 11 Millionen Euro zahlen
19. Neues Friedensjournal - online bereits abrufbar
20. Leserbrief
21. Bremer Friedensforum im Netz

22. Termine

23. In eigener Sache

24. Datenschutz

1. Solidarischer Glückwunsch aus Bremen zum 50. Geburtstag von Julian Assange

Bremen. Am 3. Juli wird Julian Assange 50 Jahre alt. Auf einer Mahnwache auf dem Marktplatz erinnerte das Bremer Friedensforum an das Schicksal des inhaftierten Journalisten und sendete solidarische Geburtstagsgrüße in die britische Haft.

Es ist eine große Schande für die westliche Welt, dass Assange seinen Geburtstag hinter Gittern verbringen muss. Über zehn Jahre ist es jetzt her, dass Julian Assange mit Wikileaks die Weltöffentlichkeit über Kriegsverbrechen der USA im Irak und in Afghanistan informiert hat. Nicht diejenigen, die die Verbrechen befohlen oder begangen haben, sitzen heute hinter Gittern, sondern derjenige, der sie ans Tageslicht gebracht hat. Wo bleibt der vielbeschworene Einsatz für Menschenrechte, für Meinungs- und Pressefreiheit, wenn es um das Leben eines Menschen geht, der den USA ein Dorn im Auge ist? Julian Assange gehört in kein Hochsicherheitsgefängnis, das wegen seiner harten Haftbedingungen als britische Version von Guantánamo gilt. Julian Assange muss endlich in Freiheit entlassen werden. Das gebietet der Respekt vor den Menschenrechten und der Pressefreiheit.

Bilder auf <https://www.instagram.com/p/CQ18k57sq98/>

2. Barbara Heller bei XVI. Deutsch-Russischer Städtepartnerkonferenz in Kaluga

Bremen. Vom 28. bis 30. Juni hat in Kaluga/Russland die XVI. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz stattgefunden. Barbara Heller, Gründungsmitglied des Vereins Deutsch-Russische Friedenstage Bremen und eine der Sprecherinnen des Bremer Friedensforums, nahm an der Konferenz teil. Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer bedeutete das Treffen in Russland die erste persönliche Begegnung seit dem Beginn der Pandemie. Politiker, Kommunal- und NGO-Vertreter sowie Experten setzten bewusst ein Zeichen der Zusammenarbeit und suchten nach Wegen und Möglichkeiten, gerade in politisch unruhigen Zeiten den gemeinsamen Dialog zwischen Deutschland und Russland nicht abreißen zu lassen und weiter auszubauen.

3. Gedenken am Gräberfeld sowjetischer Nazi-Opfer in Bremen-Oslebshausen

Bremen. Vertreter:innen des Vereins „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.“, der „Bürgerinitiative Oslebshausen und Umzu“, des Bremer Friedensforum sowie der Initiative „Aufstehen“ trafen sich aus Anlass des 80. Jahrestages des Überfalls Nazideutschlands auf

die Sowjetunion am 22. Juni am orthodoxen mit Heiligenbildern versehenen Gedenkkreuz zur Ehrung der im Stadtteil Bremen-Oslebshausen durch Hunger, Kälte, schwere Arbeit und Misshandlungen ermordeten Sowjetbürger. Es gab im Stadtteil Oslebshausen während des Zweiten Weltkrieg mehrere Lager sowjetischer Zwangsarbeiter und auch eine Kuhle, in der die umgekommenen Menschen verscharrt wurden. Ein Teil der Leichen wurde nach 1945 exhumiert und im Osterholzer Friedhof bestattet, ein anderer Teil – so jetzt recherchiert – blieb offensichtlich hier in der Erde liegen. Die „Bürgerinitiative Oslebshausen und Umzu“ hält die Pläne, hier hinter der Wohnanlage „Wohlers Eichen“ eine Bahnwerkstatt einzurichten, für eine Missachtung der hier verscharrten Opfer. Sie stellten als Zeichen des Protestes an dieser Stelle zwölf kleine Holzkreuze auf. Von der Bürgerinitiative sprach Dieter Winge. Außerdem kamen zu Wort Bernd Fischer, Herbert Wehe, Vorsitzender des Vereins „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.“, sowie Cornelia Barth, Landesvorsitzende der Partei „Die Linke“. Alle forderten, dass die Pläne der Deutschen Bahn an anderer Stelle umgesetzt werden und dieser Ort als würdige Gedenkstätte eingerichtet wird. Es wurde ein Kranz niedergelegt und die Versammelten steckten rote Nelken an die kleinen aufgestellten Holzkreuze.

Fotos:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1384/aktuelles/Gedenken-am-Russenfriedhof%EF%BF%BD-in-Bremen-Oslebshausen/>

4. Kundgebung unter dem Motto: „Gemeinsam für Frieden“

Bremen. Rund 500 Bremerinnen und Bremer hatten sich am 22. Juni zu einer Kundgebung auf dem Bremer Marktplatz eingefunden, um des Überfalls von Nazideutschland auf die Sowjetunion vor 80 Jahren zu gedenken. Das „Bremer Bläserensemble“ leitete die Veranstaltung mit einem Stück des russischen Komponisten Nikolai A. Rimsky-Korsakow ein. Hauptredner war der Historiker Peter Brandt, ältester Sohn von Willy Brandt (Berlin). Er sagte, dass wir uns in einem neuen Kalten Krieg befänden und dass sich das besonders auf das Verhältnis zu Russland auswirke. Die Entspannungspolitik der 1960er und 1970er Jahre habe eine Grundüberlegung als Voraussetzung gehabt, nämlich die internationale Lage mit den Augen des „Kontrahenten“ zu sehen. Er fuhr fort: „Heute im Zeitalter der Atombombe gibt es keine Sicherheit für ein Land oder eine Gruppe von Ländern, sondern nur noch eine gemeinsame Sicherheit“, die durch eine „neue Entspannungspolitik“ erreicht werden müsse. Ein Grußwort sprach der Vizekonsul vom Generalkonsulat der Russischen Föderation in Hamburg Alexei Skosyrev. Er wies unter anderem darauf hin, dass der deutsche Faschismus nicht nur den multiethnischen Staat Sowjetunion zerstören, sondern auch die Bevölkerung entweder versklaven oder ausrotten wollte. Der Roten Armee ist es zu verdanken, dass Hitler nicht zum Ziel kam. Für das Bremer Friedensforum sprach Pastor i.R. Hartmut Drewes. Er wies an seiner eigenen Biografie auf, welche Feindschaft und Phobie in den vierziger und fünfziger Jahren in Deutschland gegenüber den Russen herrschte. Leider werden diese von der NATO erneut belebt. Um so mehr gilt es heute, die Verbrechen des

deutschen Faschismus im Osten Europas in Erinnerung zu behalten, beziehungsweise überhaupt erst in Erinnerung zu bringen. Auf der Kundgebung brachten der Bremer „Russischer Chor Rodina“ und andere Musiker russische Lieder zu Gehör, die besonders in der Zeit des Zweiten Weltkriegs in der Sowjetunion oft gesungen wurden. Außerdem wirkten folgende Musiker mit: Vadim Kulitsky und Wladimir Papadopoulos, Gitarre, Alexander Kulitzky, Geige sowie Valeri Holstein und Alexander Herzenberg, Bajan. Die Musik bewegte und begeisterte die Menschen. Irene Baumann und Heidi Jürgens trugen das Gedicht „Meinst du, die Russen wollen Krieg“ von Jewgeni A. Jewtuschenko vor. Arnold Saraschinskij beeindruckte durch eine Pantomime, die Schrecken und Hoffnung darstellte. Die Veranstaltung moderierten für die Veranstalter „Bremer Friedensforum“ und „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.“ Barbara Heller (deutsch) und Irene Baumann (russisch)

Fotos:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1383/aktuelles/Gedenken-an-Ueberfall-auf-die-Sowjetunion-vor-80-Jahren/>

5. Drei Videos von Sönke Hundt zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion

In Bremen fanden am 22. Juni zwei eindrucksvolle Veranstaltungen aus Anlass des 80. Jahrestages des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion statt. Langfassung von der Veranstaltung am 22. Juni nachmittags auf dem Marktplatz. Für alle, die lange Reden und vollständige Musikstücke mögen. Viele hatten es sich gewünscht, hier ist es: Vor 80 Jahren: Angriff der Nazi-Wehrmacht auf die UdSSR

Langfassung (1h 15 min): <https://youtu.be/1DtPpR43CJU>

Kurzfassung (29 Min) hier: <https://youtu.be/pQ988kXTwjs>

Bericht von der Kranzniederlegung und der Gedenkfeier: Der "Russenfriedhof" in Oslebshausen (18 min) hier: https://youtu.be/YxchqG_BqMU

Die Videos können gerne weiter verlinkt und verbreitet werden.

6. Lasst uns Frieden stiften!

Bremen. Einige Bremerinnen und Bremer haben eine Zeitungsanzeige in der russischen Zeitung Kommersant und der Berliner Zeitung zum 80. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 2021 unterzeichnet.

zu den Anzeigen:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1386/deutsch-russische-beziehungen/Lasst-und-Frieden-stiften/>

7. Europa braucht Frieden und Abrüstung

Anzeige zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion (Anhang, Weser Kurier, 22.6.2021)

Bremen. Auf Initiative des SPD-Arbeitskreises "Frieden und Abrüstung" wurde am 22. Juli eine Anzeige im Bremer „Weser Kurier“ veröffentlicht. Den aufrüttelnden Text zum Überfall auf die Sowjetunion hat Arno Gottschalk (MdBB) verfasst. Auf der Kundgebung vor dem Rathaus hat der Historiker Peter Brandt, Sohn von Bundeskanzler Willy Brandt, eine gehaltvolle Rede zum Thema der deutschen Kriegsschuld und der notwendigen Versöhnung gehalten. Eindrucksvoll der Auftritt russischer Künstler. Der ehemalige Bürgermeister Henning Scherf hat an dieser Kundgebung teilgenommen. Darüber habe ich mich mit vielen anderen gefreut. Peter Sörgel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute vor 80. Jahren begann mit dem Überfall auf die damalige Sowjetunion ein Vernichtungskrieg, der noch immer nicht seinen angemessenen Platz in der deutschen Erinnerungskultur gefunden hat.

Während über den Holocaust schon seit langem und zu Recht eine tiefe Scham empfunden wird, gilt das für die ungeheuerlichen Taten, die damals vor allem in der Ukraine, Weißrussland und Russland begangen wurden, kaum. Wer weiß schon, dass die Radikalisierung des Holocaust mit den Massenerschießungen von Juden in diesem Krieg begannen und hinter den vorrückenden Mordbanden von SS, SD und „Einsatzgruppen“ in Auschwitz die ersten Vergasungen an russischen Kriegsgefangenen „ausprobiert“ wurden? Wer weiß von den Hunderten Dörfern, in denen die ganze Bevölkerung, vom Baby bis zum Greis, in Gemeinschaftshäusern zusammengetrieben und bei lebendigem Leib verbrannt wurden?

Wer weiß von Kommissar- und Einsatzbefehlen, die dazu führten, dass über drei Millionen oder fast 60 Prozent der sowjetischen Kriegsgefangenen unter Verstoß gegen jegliche Kriegsrechte auf alle erdenklichen Arten ums Leben gebracht wurden? Wer weiß von der beispiellosen Geopolitik des Verhungerns, mit der ganze Regionen zielstrebig von der Lebensmittelversorgung abgeschnitten wurden? Wer weiß von der 28-monatigen Blockade Leningrads, durch die eine Million Zivilisten verhungerten und noch mehr verhungern sollten? Wer weiß, dass die Zahl der Opfer in der Sowjetunion mit 27 Mio. mehr als fünf Mal so groß war wie die gesamten Kriegstoten Deutschlands - darunter 15 Mio. Zivilisten, also die Mehrheit? Und wer weiß, dass die vollständige „Auslöschung von Juden und Bolschewiken“, die Liquidierung von „Intelligenzlern“ und die gezielte Dezimierung von Industriearbeitern nur der erste Schritt sein sollte, um das ganze verbliebene „russische und slawische Untermenschentum“ zu einem „Dienervolk“ für die arischen Herrenmenschen zu

machen, die in großer Zahl die in Agrarland und Rohstoffquellen gewandelten besetzten Territorien besiedeln sollten? Alle diese ungeheuerlichen Verbrechen machen den damaligen Vernichtungskrieg zu dem absoluten Tiefpunkt deutscher Geschichte. Aber auch 80 Jahre später lehnt es der deutsche Bundestag ab, dem Jahrestag des Beginns dieser Verbrechen zu gedenken. Wir haben deshalb aus dem Initiativkreis Frieden und Abrüstung der SPD heraus einen Aufruf zu der Lehre aus diesem Tag veröffentlicht. Arno Gottschalk

Anhang:

Europa braucht Frieden und Abrüstung

Am 22. Juni 2021 jährt sich zum 80. Mal der Angriff Nazi-Deutschlands auf die damalige Sowjetunion.

Für Deutschland muss dieser Tag ein Tag der Besinnung auf die historische Schuld der nationalsozialistischen Herrschaft sein. Von deutschem Boden ging ein beispielloser Vernichtungskrieg aus, der sich im Osten gegen die Völker der damaligen Sowjetunion und besonders gegen Juden richtete. Er brachte unendliches Leid über die Menschen und forderte mehr als 27 Millionen Opfer, vor allem in Russland, der Ukraine und in Weißrussland. Rund 15 Millionen davon waren Zivilisten.

Es ist Teil der Verantwortung unserer Generation, dass niemand diese Gräueltaten je vergessen oder relativieren darf. Denn zur Geschichte Europas gehört auch, dass neben den westlichen Alliierten vor allem die Völker der damaligen Sowjetunion unter großen Opfern den Faschismus besiegt haben.

Heutzutage verhärten sich die Beziehungen des Westens und auch Deutschlands zu Russland. Die völkerrechtswidrigen Verfehlungen und auch Verletzungen von Menschenrechten im heutigen Russland sind zu verurteilen. Sie dürfen aber nicht zu neuer Sprachlosigkeit oder gar Feindseligkeit führen. Denn: Frieden in Europa und seinen Regionen kann nur gesichert werden, wenn auch Russland Teil der Lösung ist.

In der Tradition von Willy Brandt, Egon Bahr und dem ehemaligen Bremer Bürgermeister Hans Koschnick: Die Logik eines neuen Kalten Krieges darf nicht wieder Raum gewinnen! Nicht Panzertruppen oder Rüstungszahlen müssen wachsen, sondern die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen. Viele Menschen in Deutschland und Europa sowie den Ländern der ehemaligen Sowjetunion machen heute positive Erfahrungen in Städtepartnerschaften, im Jugendaustausch, in Wirtschafts- und Wissenschaftskooperationen.

Das ist die zukunftsweisende Richtung und nicht das Schüren von Feindbildern, Ressentiments und Ängsten. Die Völker Europas brauchen Frieden und Abrüstung. Dies ist die Lehre des 22. Juni.

Initiativkreis für Frieden und Abrüstung in der Bremer SPD

Dr. Karl Bronke (SPD-Landesvorstand),

Manfred Fluß (Senator a.D.),

Arno Gottschalk (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft),

Jörg Henschen (Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Schwachhausen-West),

Willi Lemke (Senator a.D.),

Beenhard Oldigs (Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD Bremen),

Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (Senatorin a.D., Mitglied der Bremischen Bürgerschaft),

Dr. Joachim Schuster (Mitglied des Europäischen Parlaments),

Dr. Carsten Sieling (Bürgermeister a.D., Mitglied der Bremischen Bürgerschaft),

Dr. Angelina Sörgel (Wirtschaftswissenschaftlerin),

Peter Sörgel (ehemals Konzernbetriebsratsvorsitzender der Klöckner Werke AG),

Reinhold Wetjen (SPD-Landesvorsitzender).

SPD-Ortsverein Schwachhausen-West

V.i.S.d.P., c/o Jörg Henschen, Carl-Schurz-Str. 22A, 28209 Bremen

8. Wolfgang Bittner liest am 15. Juli in Bremen

Bremen. Wolfgang Bittner stellt Texte aus seinem neuen Buch: „Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen“ ... und die Gegenwart vor. Die Lesung mit anschließender Diskussion findet am Donnerstag, 15. Juli 2021, 19 Uhr in der Aula der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, Valckenburghstraße 1–3 in Bremen, statt. Veranstalter sind der Deutsch_Russische Friedens_Tage Bremen e.V. in Kooperation mit der DENKORTE-Initiative Neustadt und der Wilhelm-Kaisen-Oberschule.

Bitte anmelden: Per E-Mail: info@deutsch-russische-friedenstage.de oder per Telefon: 0421 5209761

Link:

<https://deutsch-russische-friedenstage.de/2021/07/wolfgang-bittner-liest-am-15-juli/>

9. Ramstein-Protesttage vom 4.07. bis 11.07.2021

Kaiserslautern. Der Protest gegen die Airbase Ramstein ist allen Widrigkeiten trotzend zurück auf den Straßen und Plätzen, mit einem Camp (findet real statt), mit dem internationalen Anti- Militärbasenkongress als Hybridveranstaltung und einer Fahrrad-Sternfahrt von fünf Orten zur und um die Base.

Schaut euch das kleine Video an. Vielleicht bekommt ja die eine oder der andere noch Lust dabei zu sein

<https://youtu.be/iYEP4tgvYdg>

Weitere Informationen:

<https://www.ramstein-kampagne.eu/>

10. Datenbank und Visualisierungstool fremder Militärbasen jetzt abrufbar

Frankfurt/M. Seitens der Kampagne “Stopp Air Base Ramstein” steht ein neues Datenbank- und Visualisierungstool für globale Militärbasen unter der Adresse <https://visualbases.org> im Internet zur Verfügung. VisualBases enthält eine umfangreiche Datenbank mit aktuell bereits über 300 militärischen Standorten und regionalen, militärischen “Hot Spots”, die laufend aktualisiert werden. Eine besondere Rolle spielt dabei die Kennzeichnung des lokalen Widerstandes.

Integriert sind jeweils Web-Links zu Kartendarstellungen in OpenStreetMap mit Markierungen militärisch ausgewiesener Flächen, sowie die Geo-Koordinaten für

Satellitenbilder. Parallel dazu können in Google Earth globale und regionale Übersichten sowie Einzelprojektionen und historische Bilder von militärischen Installationen aufgerufen werden. Diese lassen sich für Dokumentationen und Präsentationen auch als Bildschirmkopien unter Beachtung der Copyright-Regeln von Google und OpenStreetMap nutzen. Darüber hinaus sind in der Datenbank bereits etwa 100 Karten- und Satellitenbilddarstellungen direkt integriert. Soweit verfügbar, enthalten die Einträge auch Links zu Wikipedia-Artikeln.

Das Tool ist sowohl ein Serviceangebot für die internationale Friedensbewegung als auch eine Plattform für den im Rahmen der jährlichen Aktionstage der Ramstein-Kampagne seit 2017 stattfindenden, englischsprachigen "Congress against Foreign Military Bases", der am 8. und 9. Juli zum fünften Mal (in Kaiserslautern) stattfindet.

Weitere Infos:

<https://visualbases.org/deutsch/>

https://visualbases.org/update_2021-06_de/

11. Aufruf zur Bundestagswahl (Anhang)

Kassel/Frankfurt/Berlin. Der Ausgang der Bundestagswahl kann entscheidend sein für schicksalhafte Weichenstellungen im militärischen Bereich, die im Wahlkampf unbedingt thematisiert werden müssen. Das war Motivation für den Bundesausschuss Friedensratschlag, einen Aufruf zur Bundestagswahl 2021 zu erarbeiten, den wir euch in der Anlage übermitteln. Das tun wir in der Hoffnung, dass ihr den Aufruf nicht nur zur Kenntnis nehmt, sondern auch das Interesse habt, in der ein oder anderen Weise damit zu arbeiten.

Siehe auch:

<https://friedensratschlag.de/2021/06/baf-bundestagswahl/>

Anhang:

<https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/AufrufBundestagswahlA4final.pdf>

12. Bundeswehr darf bei Atomkriegsmanöver nicht mitwirken

Bonn. Die "Atomwaffenfrei-Kampagne" begrüßt einen Bundestagsantrag der Linksfraktion, dem gemäß eine Teilnahme der Bundeswehr an dem im Herbst bevorstehenden Atomkriegsmanöver der NATO verboten werden soll. Mit dem am 10. Juni eingebrachten Antrag (Drs. 19/30601) wird die Bundesregierung aufgefordert, die Teilnahme von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und ihrer Einsatzmittel (nuklearfähige Tornado-Flugzeuge) am NATO-Manöver „Steadfast Noon“ auszuschließen.

Der Antrag im Wortlaut: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/306/1930601.pdf>

Alljährlich im Oktober üben die USA mit den NATO-Staaten der nuklearen Teilhabe in Europa den Atomkrieg. Im letzten Jahr waren die auf den Fliegerhorsten Büchel und Nörvenich stationierten Luftwaffengeschwader der Bundeswehr an dem Manöver beteiligt. Das international geltende humanitäre Völkerrecht verbietet jedoch grundsätzlich jeden Einsatz von Atomwaffen und auch die Drohung mit Atomwaffen (Gutachten des Int. Gerichtshofes von 1996). Zudem hat Deutschland den Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnet, der die unmittelbare und mittelbare Annahme von Atomwaffen durch Nichtnuklearstaaten verbietet. So hatte das Verteidigungsministerium selbst bis 2008 in der Taschenkarte der Soldat*innen den Befehl für ein striktes Einsatzverbot für Atomwaffen formuliert.

Die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ fordert in einem Demonstrationsaufruf zudem die vollständige Absage des Manövers „Steadfast Noon“. „Wer Befehle zur Teilnahme an einem Atomkrieg erteilt oder befolgt, handelt rechtswidrig und begibt sich in den Bereich der Straftatbestände des Völkerstrafgesetzbuches“, so Martin Singe, Sprecher der Kampagne. Die Friedensbewegung geht davon aus, dass das NATO-Manöver in diesem Jahr in der 41. Kalenderwoche stattfinden soll. Deshalb wird schon jetzt zu einer Demonstration am 8. Oktober zum Fliegerhorst Nörvenich mobilisiert. Vor der Bundestagswahl wird am 5. September um den Fliegerhorst Büchel eine demonstrative Menschenketten-Aktion stattfinden.

13. Entscheidung für Multimilliarden-Rüstungsprojekt FCAS verantwortungslos und brandgefährlich – Friedensbewegung bleibt aktiv

Bonn. Das Netzwerk Friedenskooperative zeigt sich empört über die Entscheidung des Haushaltsausschusses, dem Antrag auf Finanzierung für die nächste Entwicklungsphase des Future Combat Air Systems (FCAS) stattzugeben. Die Zustimmung zu FCAS sieht das Netzwerk Friedenskooperative als grundlegend falsch an, heizt es doch die Aufrüstungsspirale in der KI-Kriegsführung weiter an und bindet Milliarden Euro, die in zivilen Bereichen besser aufgehoben wären.

„Das Ja zu FCAS ist ein fatales Signal für die weltweiten Abrüstungsbestrebungen. Wir sind besonders von der SPD enttäuscht, die hier eine Chance vertan hat, sich klar zu positionieren und eine Neuausrichtung hin zu friedenspolitischen Werten verpasst hat.“, erklärt Philipp Ingenleuf, Geschäftsführer des Netzwerk Friedenskooperative. „Milliarden für Rüstung auszugeben, insbesondere für intransparente und überteuerte Projekte wie FCAS, ist in Zeiten von Corona und Klimawandel unverantwortlich. Das Geld wird dringend in zivilen Bereichen benötigt. Darüber hinaus heizt FCAS die Aufrüstungsspirale in der KI-Kriegsführung weiter an. Ein Nein zu FCAS wäre ein Ja zu einer besseren und friedlicheren Welt gewesen.“

Aktivitäten der Friedensbewegung: In den letzten Wochen und Monaten hatte die

Friedensbewegung mit verschiedenen Aktivitäten gefordert, das Rüstungsprojekt FCAS nicht zu finanzieren und einzustellen. So haben beispielsweise Menschen aus ihren Wahlkreisen über die Aktionsplattform www.lobbying4peace.de beinahe 4.000 Postkarten an Abgeordneten geschickt sowie mehrere Hundert Mails an die Obleute des Haushaltsausschusses mit dem Ziel, sie davon zu überzeugen, sich gegen das Rüstungsprojekt zu stellen. Besonders in den letzten Tagen wurden noch einmal zahlreiche Mails und Appelle von Einzelnen und Friedensorganisationen an Politiker*innen und die Fraktionen geschickt, um für ein Nein zu lobbyieren. So z.B. auch ein Appell von internationalen KI-Forschern der University of Oxford.

FCAS wurde nicht nur von der Friedensbewegung, sondern auch vom Bundesrechnungshof und sogar vom Beschaffungsamt der Bundeswehr kritisiert. Die kritischen Stimmen und Nachfragen nahmen in den letzten Tagen und Wochen deutlich zu, was nicht zuletzt auch an der durch die Aktivitäten der Friedensbewegung ausgelösten Debatte lag.

Die Friedensbewegung kritisierte insbesondere folgende Punkte am Rüstungsprojekt FCAS:

Hohes Maß an Intransparenz und eine fehlende öffentliche Debatte.

Finanziell überdimensioniertes Projekt mit unklarem Kostenrahmen. Stattdessen sollte das Geld besser in zivile Bereiche investiert werden.

Fördert und bedingt die Entwicklung autonomer Waffensysteme sowie bewaffneter Drohnen durch die Hintertür.

Erschwert die Ächtung autonomer Waffensystem.

Heizt die Rüstungsspirale an.

Der geplante Export des Waffensystems sowie vermeintlich neue militärische Überlegenheitsgefühle durch FCAS fördern Kriege.

Das Netzwerk Friedenskooperative wird sich im Rahmen der Bundestagswahl für Abrüstung und für den Stopp weiterer Rüstungsprojekte stark machen. Insbesondere fordert das Netzwerk Friedenskooperative die jetzige und zukünftige Bundesregierung auf, konkrete Schritte hin zu einer Ächtung von autonomen Kriegswaffen einzuleiten. KI-Kriegsführung ist eine ernstzunehmende Bedrohung für die Menschheit und längst keine Fiktion mehr. Durch den Einsatz von autonomen und autark operierenden Kriegswaffen, wie z.B. Drohnen, werden bewaffnete Konflikte wahrscheinlicher und für den Menschen immer unkontrollierbarer.

Siehe auch:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1378/aktuelles/FCAS-STOPPEN/>

14. Noch bis 16. Juli möglich: BITTE PETITIONEN ZEICHNEN! BITTE TEILEN! BITTE

UNTERSTÜTZEN!

Bremen. Der Bremer Senat will ein Gräberfeld für sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus dem Zweiten Weltkrieg mit einer Bahnwerkstatt bebauen. Bauherr ist das Nachfolgeunternehmen der Unternehmen Linke-Hofmann-Busch, Linke-Hofmann-Werke und Waggon- und Maschinenbau AG (WUMAG) - das Unternehmen Alstom (<https://www.alstom.com>, https://de.wikipedia.org/wiki/Alstom_Transport_Deutschland). Diese Unternehmen haben deportierte Menschen und Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter eingesetzt. Diese Unternehmen haben die berüchtigten Vieh- und Güterwaggons hergestellt, mit denen Juden und Kriegsgefangene unter menschenunwürdigen Bedingungen tagelang durch Europa wie Vieh zu den Arbeitskommandos und den Konzentrations- und Vernichtungslagern transportiert wurden. Diese Waggons sind Symbol für die schreckliche "industrielle" und menschenverachtende Tötung von Millionen von Menschen.

Wir bitten um Unterstützung der Petition "Einrichtung einer NS-Zwangsarbeiter:innen-Gedenkstätte in Bremen-Oslebshausen", die im Petitionssystem der Bremischen Bürgerschaft eingereicht wurde (Mitzeichnung bis 16. Juli möglich!): <https://rb.gy/ses38z>

Weitere Informationen:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1379/aktuelles/Bitte-Petitionen-mitzeichnen/>

<https://www.spiegel.de/geschichte/sowjetische-kriegsopfer-in-deutschland-die-graeber-der-namenlosen-a-1691fc18-ba41-404c-b6c9-91a42ad2c646>

<https://www.bremerfriedensforum.de/1366/aktuelles/Buergerinitiative-Oslebshausen-und-umzu-Bremer-Friedensforum/>

<https://www.bremerfriedensforum.de/1349/aktuelles/Geplantes-Bahnbetriebswerk-in-Bremen-Oslebshausen-auf-dem-Massengrab-von-Kriegsgefangenen-und-Zwangsarbeitern/>

15. Für ein neues Gipfeltreffen 2025 im Geiste der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Auswärtiges Amt reagiert

Helsinki/Bremen. Über 130 Vertreter:innen von Friedens- und Umweltorganisationen in den nordischen Ländern und in allen anderen Ostseestaaten begrüßen den Vorschlag des finnischen Präsidenten Sauli Niinistö, ein neues Gipfeltreffen der Großmächte anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Geiste der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einzuberufen.

Siehe auch:

<https://www.pressenza.com/de/2021/06/fuer-ein-neues-gipfeltreffen-2025-im-geiste-der-konferenz-ueber-sicherheit-und-zusammenarbeit-in-europa-ksze>

Inzwischen hat auch das Auswärtige Amt reagiert:

"Sehr geehrter Herr Lentz, haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben an Bundesminister Maas. Die Initiative des finnischen Präsidenten ist uns selbstverständlich bekannt. In der OSZE und unter den Teilnehmerstaaten gibt es derzeit in mehreren Strängen Diskussionen darüber, wie die OSZE bis zum 50. Jahrestag der Helsinki Schlussakte aufgestellt werden sollte. Auch im Auswärtigen Amt denken wir über geeignete Ansätze nach, die OSZE und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken. Wir verfolgen mit Interesse die zivilgesellschaftliche Diskussion über diesen Prozess mit Interesse, daher nochmals besten Dank für Ihren Hinweis! Charlotte von Friedeburg, Stv. Referatsleiterin 203 (OSZE) Auswärtiges Amt..."

Siehe auch:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1380/aktuelles/Medieninformation-9-Juni-2021/>

16. Spendenaufruf Saatgut für Syrien

Berlin. Guten Tag Ekkehard Lentz, ich möchte erstmal mitteilen, dass die Spende für Saatgut für Syrien auf mein Konto angekommen ist [2200,- EUR aufgrund des Aufrufs im März]. Ich möchte mich für die Spende für Syrien für Saatgut herzlich bedanken. Das Geld ist angekommen. Dr. Ibrahim Mohamad, der die Spenden verteilt, ist jetzt von Syrien zurück gekommen. Aber er wird im Juni nochmals hinfliegen und wird sich um die Saatgutspende kümmern. Sobald er uns Bilder und Bericht schickt, werde ich sie an euch weiterleiten. Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit und hoffe und glaube an eine gute Zusammenarbeit.

Liebe Grüße Nadiye Dag, Komitee für Syrienspende (Föderation der Arabischen Aleviten in Europa-AAAF)

Siehe auch:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1353/aktuelles/Solidaritaet-mit-Syrien-Bremer-Kundgebung-gegen-die-hungerbringenden-Sanktionen/>

<https://www.bremerfriedensforum.de/1351/nahost/Sanktionen-toeten-Aufhebung-der-Sanktionen-gegen-die-Menschen-in-Syrien/>

17. Bremer Friedensforum begrüßt Erklärung des Friedensbeauftragten der Bremischen

Evangelischen Kirche

Bremen. Das Bremer Friedensforum begrüßt die Erklärung des Friedensbeauftragten der Bremischen Evangelischen Kirche, Jasper von Legat, in der er die aggressive Nachwuchswerbung der Bundeswehr scharf kritisiert: "Krieg ist keine Party".

[HTTPS://WWW.KIRCHE-BREMEN.DE/AKTUELLES/PRESSE-SERVICE/NACHRICHTEN-DETAILS/KRIEG-IST-KEINE-PARTY-FRIEDENSBEAUFTRAGTER-KRITISIERT-BUNDESWEHR-NACHWUCHSWERBUNG/](https://www.kirche-bremen.de/aktuelles/presse-service/nachrichten-details/krieg-ist-keine-party-friedensbeauftragter-kritisiert-bundeswehr-nachwuchswerbung/)

Siehe auch:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1382/aktuelles/Bremer-Friedensforum-begruesst-Erklaerung-des-Friedensbeauftragten-der-Bremischen-Evangelischen-Kirche/>

18. SIG Sauer muss wegen illegaler Waffenexporte historische 11 Millionen Euro zahlen

SIG-Sauer-Pistolen werden in Kolumbien bei Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen eingesetzt

Im Fall illegaler SIG Sauer-Kleinwaffenexporte von Deutschland über die USA nach Kolumbien hat der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe das Unternehmen zu einer Zahlung von mehr als 11 Millionen Euro verpflichtet und damit das Urteil des Landgerichts Kiel weitestgehend bestätigt. Die Verurteilung zur Zahlung dieser historischen Summe ist ein riesiger Erfolg der "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!", die den Prozess mit ihrer Strafanzeige aus dem Jahr 2014 angestoßen hatte. „Dies ist die höchste Summe, die je von einem Kleinwaffenhersteller eingezogen worden ist! Der Bundesgerichtshof hat damit bestätigt, dass illegaler Waffenhandel die Verantwortlichen teuer zu stehen kommt“, kommentiert Holger Rothbauer, der Anwalt der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“, die Entscheidung. „Auch wenn die Gesetzgebung gegenüber Waffenhändlern weiterhin zu schwach ist, wird durch dieses Urteil gegen das Unternehmen SIG Sauer illegaler Waffenhandel endlich als das behandelt, was es ist: Organisierte Kriminalität“, so Rothbauer mit Bezug auf die Einziehung des gesamten Umsatzes nach einem seit 2017 bestehenden Paragraphen, der sich hauptsächlich gegen die organisierte Kriminalität richtet. Nach Heckler & Koch ist SIG Sauer der zweite deutsche Kleinwaffenhersteller, der innerhalb weniger Monate vom Bundesgerichtshof zu Millionenzahlungen verurteilt wird.

Weiter:

<https://www.aufschrei-waffenhandel.de/presse-video-audio/presseerklaerungen/01072021-sig-sauer-muss-wegen-illegaler-waffenexporte-historische-11-millionen-euro-zahlen/>

19. Neues Friedensjournal - online bereits abrufbar

Frankfurt/M. Das neue Friedensjournal steht in einigen Tagen als Druckfassung zur Verfügung. Die Webfassung ist bereits abrufbar unter <http://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal> bzw. direkt unter

http://www.frieden-und-zukunft.de/pdf/fj/FJ_2021-4_Web.pdf - Unter der Überschrift "Westliche Werte und regelbasierte Ordnung" wird u.a. auf die bei einer künftigen Regierungsbeteiligung der Grünen zu erwartende Politik eingegangen.

20. Leserbriefe

zum Artikel "Vorsichtige Entspannungssignale" von Ulf Mauder und Can Merey im "Weser-Kurier" vom 17. Juni 2021

Man mag vom russischen Präsidenten Wladimir Putin halten was man will, aber in einem hat er ohne Frage Recht: "Nicht Russland halte Militärmanöver vor den US-Grenzen ab, sondern die US-Soldaten in der Ukraine vor der russischen Grenze. Nicht Russland Sorge für ein schlechtes Verhältnis zum Westen. Es sei umgekehrt." Recht aufschlussreich ist ein Blick auf die Militärausgaben von Russland und Nato. Russland hat 2020 umgerechnet 61,7 Milliarden US-Dollar für Militär ausgegeben, und die Bundesregierung liegt mit 52,8 Mrd. Dollar für die Bundeswehr und einem Zuwachs von 5,2% eindeutig auf der Überholspur gegenüber Russland. Den Vogel aber schießen - wie immer - die Vereinigten Staaten von Amerika ab mit sage und schreibe 778 Mrd. Dollar. Zählt man die Militärausgaben aller Nato-Staaten zusammen, kommt man auf 1.028 Mrd. Dollar, gut 16 mal mehr als Russland. Wer muss vor wem Angst haben? Und wenn EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die russische Regierung für die "Abwärtsspirale in den Beziehungen" verantwortlich macht und meint, die "Herausforderung" sei es, "die europäischen Interessen und Werte zu verteidigen", dann riecht das nach Pulverdampf - ausgerechnet zum 80. Jahrestag des Angriffs der großdeutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22.06.1941. Walter Ruffler

zum Artikel "Ich würde noch einmal hingehen" im "Weser-Kurier" vom 14. Juni 2021.

"Ich würde noch einmal hingehen" - und in der Hölle landen. Der Artikel gibt meiner Meinung nach in nicht mehr zu steigernder Weise ein falsches Bild von der Lage in Afghanistan wieder. Der Interviewpartner, ein "Bremer Veteran", der in der Zeit von April bis Juli 2003, selbst als Bundeswehrsoldat Dienst in Afghanistan getan hat, berichtet aus dieser Zeit von seinem Einsatz in Afghanistan. Diese Zeit war vor 18 Jahren, als es in der offiziellen Sprachregelung noch keinen "Krieg" in Afghanistan gab. Seit dem hat sich sehr viel in Afghanistan verändert. Die USA haben zu Beginn des vergangenen Jahres einen Vertrag mit den Taliban geschlossen, in dem festgelegt wurde, dass bis zum 31. April 2021 alle ausländischen Truppen aus Afghanistan abgezogen werden. Bis zu diesem Termin hatten die Taliban den USA zugesichert, keine militärischen Angriffe auf die US-Militärangehörigen und ihre Verbündeten auszuführen. Wenn nun der Truppenabzug erst am 1. Mai 2021 begonnen

wurde und zum 11. September 2021 abgeschlossen werden sollte, nun aber bereits zum 4. Juli 2021 abgeschlossen worden sein soll, deutet das auf eine ambivalente Haltung bei den westlichen Verbündeten hin. Wenn die westlichen Militäreinheiten in Afghanistan bisher nicht von den Taliban militärisch angegriffen wurden, kann man hier wohl nur von einer wohlwollend eingeräumten "Nachfrist" sprechen. Schon seit langem vergeht keine Woche, ja fast kein Tag, an dem nicht Mitglieder der bewaffneten Truppen der afghanischen Regierung von den Taliban angegriffen und getötet werden. Nach bald 20 Jahren Krieg in Afghanistan halte ich eine öffentliche, "ungeschminkte" Analyse der zurückliegenden Ereignisse in Afghanistan für zwingend notwendig, damit "wir nicht noch einmal hingehen" - und in der Hölle landen. Walter Metag

21. Bremer Friedensforum im Netz

Bremen. Mehr Informationen bringt die Internetseite des Bremer Friedensforums. Wir empfehlen auch die täglich mehrfach aktualisierte Facebook-Seite des Bremer Friedensforums. Friedenspolitische News aus Bremen gibt es auch auf Twitter und Instagram. Bitte liken, teilen, folgen und abonnieren!

<https://www.bremerfriedensforum.de>

<https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>

<https://twitter.com/ekkehardlantz1>

https://www.instagram.com/bremer_friedensforum

22. Termine

* Termine aus der Friedensbewegung: <https://www.friedenskooperative.de/termine.htm>

* Weitere Informationen aus der Friedensbewegung: <http://www.friedensratschlag.de>

* Regelmäßige Termine in Bremen:

+ Jeden Donnerstag, 17 bis 18 Uhr, Mahnwache Bremer Friedensforum, Marktplatz

+ Jeden dritten Freitag im Monat, 12 bis 13 Uhr, Mahnwache gegen die Rüstungshochburg Bremen an der Domsheide (vor "Kapitel 8")

+ Jeden Freitag, 17 Uhr, Kundgebung der "Nordbremer Bürger gegen Krieg", Bremen-Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße/Breite Straße

Von Sonntag, 4. Juli, bis Sonntag, 11. Juli, finden die Stopp Air Base Ramstein Aktionstage

2021 statt!

<https://www.ramstein-kampagne.eu/flyer-aktionstage-2021/>

Donnerstag, 15. Juli, 19 Uhr, Aula der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, Valckenburghstraße 1–3, Bremen, Wolfgang Bittner liest aus „Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen“ ... und die Gegenwart. Veranstalter: Deutsch_Russische Friedens_Tage Bremen e.V. in Kooperation mit der DENKORTE-Initiative Neustadt und der Wilhelm-Kaisen-Oberschule

<https://www.spurensuche-bremen.de/lesung-und-diskussion-mit-wolfgang-bittner/>

Donnerstag, 5. August, 19 Uhr, Bettina Marx: "Leben und Arbeiten unter Besatzung", Vortrag mit anschließender Diskussion, ZOOM-Veranstaltung (online)

<http://nahost-forum-bremen.de/>

Freitag, 6. August, 12 Uhr, Marktplatz Bremen, Mahnwache zum 76. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

<https://www.bremerfriedensforum.de> (in Kürze)

Mittwoch, 1. September, 17 Uhr, Marktplatz Bremen, Kundgebung zum Antikriegstag mit Matthias Platzeck, Deutsch-Russisches Forum, ehemaliger Ministerpräsident Brandenburg

<https://www.bremerfriedensforum.de> (in Kürze)

Donnerstag, 2. September, 19 Uhr, Prof. Dr. Rolf Verleger: "Zionismus, Kolonialismus und die Entstehung Israels", Vortrag mit anschließender Diskussion, ZOOM-Veranstaltung (online)

<http://nahost-forum-bremen.de/>

Sonntag, 5. September (drei Wochen vor der Bundestagswahl): Menschen-Kettenreaktion in Büchel - "Atomwaffen weg -Verbotsvertrag beitreten!" Eine gemeinsame Anreise von Bremen ist geplant.

<https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/>

Samstag, 18. September, Friedensfest in Bremen

<https://deutsch-russische-friedenstage.de/2021/03/18-9-vormerken-friedensfest-mit-kurzweil-und-pelmeni/>

23. In eigener Sache

Bleiben Sie bitte dem Bremer Friedensforum gewogen und sparen Sie nicht mit Vorschlägen, Ergänzungen, Texten und anderen Reaktionen an: info@bremerfriedensforum.de. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch gern darauf hinweisen, dass das Bremer Friedensforum auf ehrenamtlicher Basis arbeitet.

Und: Friedensarbeit kostet auch Geld! Im Unterschied zu Rüstungsproduzenten erhalten wir keine staatliche Unterstützung aus Steuergeldern, sondern finanzieren unsere Arbeit ausschließlich aus Spenden.

Unser Spendenkonto lautet: Ekkehard Lentz (für das Bremer Friedensforum), IBAN: DE 47 2501 0030 0123 2683 06, BIC: PBNKDEFF. Danke!

24. Datenschutz

In unregelmäßigen Abständen erhältst Du/erhalten Sie von mir/uns einen Email-Newsletter über Neuigkeiten aus dem Arbeitsbereich des Bremer Friedensforums. Ab dem 25. Mai 2018 ist die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten. Dies bedeutet, dass Deine/Ihre persönlichen Daten nach der neuen Verordnung nur mit Deiner/Ihrer Einwilligung verarbeitet werden dürfen. Gerne möchte(n) ich/wir Dich/Sie auch weiterhin mit Informationen versorgen. Sollte dieses jedoch in Zukunft nicht mehr erwünscht sein, bitte(n) ich/wir um eine kurze und formlose Email an: info@bremerfriedensforum.de. Wir nehmen euch dann aus dem Verteiler. Möchtest Du/möchten Sie auch weiterhin unseren Newsletter bekommen, brauchst Du/brauchen Sie nichts unternehmen. Siehe auch Datenschutzerklärung: <https://www.bremerfriedensforum.de/Datenschutz>